



Informationen Ihres Europaabgeordneten

Dr. Christian Ehler, CDU/EVP

Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,

Auch im Januar 2013 ist in Europa wieder einiges passiert, über das wir Sie gerne informieren möchten. In dieser Ausgabe möchte ich Ihnen Informationen zu folgenden wichtigen europapolitischen Themen bereitstellen:

- 1. Die irische Ratspräsidentschaft**
- 2. Das Friedensnobel-Preisgeld für "Kindes des Friedens"**
- 3. Brüssel steuert auf neue CCS-Ziele zu**
- 4. Wasserprivatisierung**
- 5. Industrie-Ausschuss stimmt gegen CO2- Markteingriff**

Ich hoffe, dass wir auch weiterhin unseren Dialog über die Europapolitik fortsetzen können!

Mit den besten Grüßen und Wünschen,

Ihr

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 12 E 205

B-1047 Bruxelles
Tel.: +32 228 45325

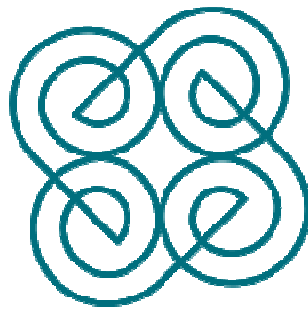
Europäisches Parlament
Allée du Printemps
Bât Louise Weiss T 10007
F-67070 Strasbourg
Tel.: +33 3881 75325

Europabüro/CDU Brandenburg
Gregor Mendel Strasse 3

D-14469 Potsdam
Tel.: +49 331 200 85 720

1. Die irische Ratspräsidentschaft

Mit Jahresbeginn hat Irland die EU-Ratspräsidentschaft von Zypern übernommen. In den kommenden sechs Monaten, in denen das Land nun zum siebten Mal seit 1975 turnusmäßig die Geschäfte der EU-Mitgliedsstaaten führt, wolle man für "neue Hoffnung, neue Möglichkeiten und neues Selbstvertrauen in unsere Menschen" sorgen, sagte Regierungschef Enda Kenny zum Start der Präsidentschaft. Am Schloss von Dublin wurden in einer Zeremonie die irische und die europäische Flagge gehisst.



Uachtaránacht na hÉireann ar
Chomhairle an Aontais Eorpaigh
Irish Presidency of the Council
of the European Union
eu2013.ie

Irland will Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung in Europa schaffen. Als das wichtigste Thema der irischen Ratspräsidentschaft bezeichnete der irische Premier die hohe Arbeitslosigkeit in vielen Teilen Europas, besonders unter jungen Menschen. Hier könne eine Jugendgarantie für Ausbildung und Beschäftigung helfen. Viele Fraktionschefs hoffen, dass Irland dabei von seinen eigenen Erfahrungen im Umgang mit der Finanzkrise profitieren wird. Zudem will die irische Regierung ihre traditionell engen Kontakte in die USA nutzen, um ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten voranzutreiben.

Europas wirtschaftlicher Aufschwung kann nicht isoliert vonstattengehen und Europa muss sich weltweit als leistungsfähiger Partner beweisen. Irland wird als Vorsitzland die Erweiterungsagenda vorantreiben und die Bemühungen der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik um die Stärkung der Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten unterstützen. Besonderes Augenmerk wird die irische Präsidentschaft auf die Bereiche Entwicklung, humanitäre Politik und insbesondere die anhaltende Hungerkrise sowie den Klimawandel legen.

Wichtig seien auch die gemeinsame Bankenunion und eine Übereinkunft bei den Verhandlungen über den EU-Haushaltsrahmen der Jahre 2014-2020. Für alle diese Themen sei das Europaparlament ein "wichtiger Partner", sagte Kenny.

Auch Kommissionspräsident José Manuel Barroso lobte Irland für tiefgreifende Reformen während der vergangenen Jahre. "Irland hat große Opfer gebracht, ebenso wie andere Staaten, die schwierige aber wichtige Reformen durchgeführt haben." Das Beispiel Irlands zeige, dass Sparprogramme und sozialer Frieden möglich seien, wenn der politische Willen vorhanden ist. Der französische Fraktionsvorsitzende der Christdemokraten Joseph Daul beglückwünschte Kenny dafür, dass er schwierige Entscheidungen getroffen habe, ohne die Unterstützung der irischen Bevölkerung zu verlieren: "Irland ist ein gutes Beispiel für Europa".

Unter folgendem Link stellt sich die Irische Ratspräsidentschaft vor:
<http://eu2013.ie/de/irland-die-prasidentschaft>

2. Das Friedensnobel-Preisgeld für "Kinder des Friedens"



Am 10. Dezember wurde der EU der Friedensnobelpreis 2012 verliehen. Damit wurde der Beitrag gewürdigt, den die EU in den vergangenen 60 Jahren zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa geleistet hat. Nun gab der Präsident der Europäischen Kommission Barroso bekannt, dass die EU das Preisgeld nutzen möchte, um es zugunsten von Konflikten betroffener Kinder einzusetzen. Der Präsident des Europäischen Parlamentes Schulz erklärte: *„Kinder sind die ersten Opfer eines Konflikts. Sie sind unsere Zukunft und es ist ihre persönliche Zukunft, die auf dem Spiel steht. Jeder Beitrag, den wir dazu leisten können, ihnen bei der Überwindung des im Konfliktfall erlittenen Traumas und Leids zu helfen, ist willkommen.“*

Die Europäische Kommission, die im Namen der Europäischen Union offiziell das Preisgeld entgegennahm, hat beschlossen, diesen Betrag von rund 930 000 EUR auf 2 Mio. EUR aufzustocken und für Kinder in Not bereitzustellen. Heute sind die Hälfte der weltweiten Konfliktopfer Kinder. Von den Flüchtlingen weltweit sind 7 Mio. und von den durch Konflikten innerhalb des Heimatlands Vertriebenen 12,4 Mio. Kinder.

Im Rahmen der EU-Initiative "Kinder des Friedens" werden vier Projekte gefördert, welche mehr als 23 000 von Konflikten betroffenen Kindern in aller Welt Zugang zu Grundbildung und zu kinderfreundlichen Orten verschaffen. Im Detail sollen von dem Preisgeld rund 4000 syrischen Flüchtlingskindern in Lagern an der Grenze zwischen Irak und Syrien, mehr als 5000 kolumbianischen Kindern, die größtenteils als Flüchtlinge in Ecuador leben, 11 000 vertriebenen kongolesischen Kindern im Osten der Demokratischen Republik Kongo und Flüchtlingen in Äthiopien sowie 3000 pakistanischen Kindern im nördlichen Teil des Landes profitieren.

Dieser Ansatz steht im Einklang mit dem Europäischen Konsens über die humanitäre Hilfe, in dem es heißt: *„Bei der Deckung des humanitären Bedarfs ist besonderer Bedürftigkeit Rechnung zu tragen. Die EU wird in diesem Zusammenhang Frauen, Kindern, älteren, kranken und behinderten Menschen besondere Aufmerksamkeit schenken.“*

Ratspräsident Van Rompuy erklärte: *„In Konfliktsituationen sind Kinder häufig am stärksten gefährdet. Daher ist es nur richtig, dass dieses Preisgeld den jungen Opfern bewaffneter Konflikte zugute kommt. Ich freue mich, dass diese Initiative über das erste Jahr hinaus fortgesetzt wird, und hoffe, dass die Projekte „Kinder des Friedens“ zu einem Symbol werden für das Engagement der Europäischen Union zugunsten von Menschen in Not in aller Welt.“*

Weitere Informationen unter:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1392_de.htm

3. Brüssel steuert auf neue CCS-Ziele zu

Europas Pläne, das Treibhausgas Kohlendioxid unterirdisch zu speichern (CCS - Carbon Capture and Storage) kommen nicht voran. Nun soll das Verfahren durch gezielte Maßnahmen gefördert werden, wie aus einem EU-Entwurf hervorgeht. Dem Entwurf zufolge könnten Investoren durch neue Performancestandards und stabile Preise Sicherheit gewinnen. Standards würden verbindliche und möglicherweise handelbare Emissionsbegrenzungen für Energiekonzerne schaffen, die auch auf energieintensive Industrien ausgeweitet werden könnten.

Eine weitere im Entwurf aufgeführte Möglichkeit sieht ein verbindliches CCS-Zertifikatssystem vor. Dem Bericht zufolge sollen Emittenten für einen bestimmten Prozentsatz ihrer Emissionen CCS-Zertifikate kaufen. Die entsprechende Menge an CO₂-Zertifikaten soll dafür dem Emissionshandelssystem (ETS) entnommen werden, wodurch sich das Angebot verknappt und der Preis an den Handelsbörsen steigt.

Ursprünglich sollte ETS selbst das primäre Anreizsystem für CCS-Investitionen darstellen. Gemäß dem Entwurf existiere jedoch bei den gegenwärtigen Preisen für Emissionspakete von rund 6,4 Euro pro Tonne für Investoren kein rationaler Grund, um in CCS zu investieren. *"Beim gegenwärtigen CO₂-Preis ist es für die Politik und Industrie an der Zeit zu debattieren, ob und welche zeitlich begrenzten zusätzlichen Maßnahmen zur Förderung von CCS in Europa notwendig sind"*, so Shell-Sprecher **Wim van der Wiel**.

Kohle hat mit 25 Prozent den größten Anteil fossiler Brennstoffe an der europäischen Energiegewinnung. Auch emissionsintensive industrielle Prozesse wie die Stahl- und Zementherstellung tragen mit etwa 20 Prozent zum jährlichen CO₂-Ausstoß der EU bei. Sollte der Verbrauch fossiler Energieträger ungebremst weitergehen, wird es für die EU ohne CCS nicht möglich sein, ihr bis 2050 gesetztes Ziel zur vollständigen Entkarbonisierung zu erreichen.

In der Öffentlichkeit stößt das System in Europa jedoch auf Widerstand. Umweltverbände wie der BUND bemängeln, dass es noch



keine Methoden gäbe, um zu überprüfen, ob die Gesteinslagerstätten dicht seien und wie Lecks wieder geschlossen werden könnten. Am stärksten war der Widerstand in Polen und Deutschland, wo Demonstrationen die Umsetzung der CCS-Direktive 2011 verzögerten.

"Wir wollen CCS nur dazu verwenden, um unseren Einfluss auf das Klima zu verringern. Wir möchten Kohlendioxid sicher speichern und zeigen, dass die Technologie funktioniert. Dann können wir sie an große Entwicklungsländer wie China oder Indien verkaufen", so Sanjeev Kumar, Seniorpartner bei E3G, einer NGO für nachhaltige Entwicklung. Falls der Entwurf angenommen wird, müsste die Kommission vor Ablauf ihres Mandats im Jahr 2014 eine Folgenabschätzung und Gesetzesvorschläge vorlegen, damit CCS ab 2020 einsetzbar ist.

Weitere Informationen unter:

<http://www.euractiv.de/energie-und-klimaschutz/artikel/bruessel-steuert-auf-neue-ccs-ziele-zu-007098>

4. Wasserprivatisierung

"Wasserprivatisierung durch die Hintertür - die EU nimmt uns unser Wasser weg." Meldungen wie diese gab es in der vergangenen Woche mehrfach. Die öffentliche Aufregung schien groß; auch die deutschen Kommunen sind beunruhigt: Sie befürchten, dass die EU der schleichenden Privatisierung der Trinkwasserversorgung Tür und Tor öffnet. Brüssel versichert: von einer Zwangsprivatisierung könne keine Rede sein.

Der zuständige Binnenmarktausschuss im EU-Parlament hatte im Januar einer Richtlinie zugestimmt, die eine Liberalisierung der Trinkwasserversorgung ermöglicht. Konkret sieht die Richtlinie vor, dass Kommunen, die ihre Trinkwasserversorgung bereits teilprivatisiert haben oder privatisieren wollen, dies europaweit ausschreiben müssen. Endgültig entschieden ist die Richtlinie noch nicht - die Voten der Ausschüsse sind aber oft richtungweisend für die Abstimmungen des Parlaments.

Rein kommunale Wasserversorger sollen von der Richtlinie jedoch ausgenommen sein.



Die Richtlinie stellt ausdrücklich klar, dass es den Kommunen vor Ort überlassen bleibt, selbst zu entscheiden, wie sie ihre Wasserversorgung organisieren. Im Einzelnen heißt das, dass kommunale Eigenbetriebe vollkommen unangetastet bleiben sollen, wenn eine Kommune Dienstleistungen der Daseinsvorsorge (wie z.B. Trinkwasserversorgung) oder Stadtwerke in kommunalem Eigentum sich ausschließlich auf das Gebiet der Kommune beschränken. Selbst wenn eine Kommune in ihren Stadtwerken einen privaten Partner hat, die Kommune aber einen beherrschenden Einfluss ausübt, und die

Stadtwerke ihr Geschäft im Wesentlichen auf dem Gebiet der Kommune erbringen, soll sie von der Anwendung der Richtlinie ausgenommen sein. Nur für den Fall, dass die teilprivatisierten Stadtwerke mehr als 20% ihres Geschäfts außerhalb ihrer eigenen Kommune erbringen, müssen Dienstleistungen künftig - genau so wie öffentliche Aufträge schon bislang - ausgeschrieben werden.

Demnach bleiben lediglich die Fälle von Mehrspartenunternehmen (klassische "Stadtwerke"), die mehr als 20% ihrer Dienstleistungen außerhalb ihrer eigenen Kommune erbringen, ausschreibungspflichtig. Gleichwohl bietet die Übergangsfrist bis 2020 den Eigentümern Zeit, um diese Unternehmen einer gesellschaftsrechtlichen Umstrukturierung zu unterziehen und die Geschäftsbereiche Wasser und Energie zu trennen.

Hintergrund ist ein Richtlinienpaket, welches Binnenmarkt-Kommissar Barnier im Dezember 2011 vorlegte und welches die Überarbeitung der Bestimmungen für das öffentliche Beschaffungswesen vorsieht. Neben der Vergabe-Richtlinie und der Richtlinie über die Auftragsvergabe in Sonderbereichen wurde auch eine Konzessions-Richtlinie präsentiert. Bisher waren auf EU-Ebene nur Baukonzessionen geregelt, mit der neuen Richtlinie wurden nun auch Bestimmungen für andere Bereiche, darunter Wasser oder Energie, vorgeschlagen. Erstmals wurden damit auch Bereiche der Daseinsvorsorge mit aufgenommen, was umgehend für Diskussionen sorgte. Dienstleistungen im öffentlichen Interesse dienen dem Allgemeinwohl und sind entsprechend emotional aufgeladen. Sie sollten nicht ohne weiteres den Marktgesetzen unterworfen werden.

5. Industrieausschuss stimmt gegen CO2-Markteingriff

Am 24. Januar wurde im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) über den Kommissionsvorschlag zur Neuregelung des EU-Emissionshandels (ETS) abgestimmt.

Klimakommissarin Connie Hedegaard hatte im November letzten Jahres vorgeschlagen, 900 Millionen CO2-Zertifikate mehrere Jahre später als bislang geplant zu versteigern. Im Rahmen des sog. „Backloadings“ sollten auf dem Markt weniger Papiere gehandelt werden, durch diese künstliche Verknappung des Angebots würde eine Verteuerung des Handelspreises erreicht werden. Für europäische Industrieunternehmen würde das trotz erfolgreicher Klimamaßnahme erhebliche Mehrkosten bedeuten. Für die Umsetzung des Vorschlags braucht die Kommission grünes Licht von Europaparlament und den nationalen Parlamenten.

Von Seiten des Europäischen Parlaments wurde im ITRE-Ausschuss der Maßnahme eine klare Absage erteilt. Der Brandenburger CDU-Abgeordnete Christian Ehler und 41 Kollegen sprachen sich gegen den Eingriff in dieses marktwirtschaftliche Instrument aus. Der Systembruch durch fiskalpolitisch motivierte Eingriffe würde eine Schwächung der europäischen Industrielandschaft bedeuten. Aufgrund des EU-weiten Ausbaus der erneuerbaren Energien und der Steigerung der Energieeffizienz insbesondere in der Industrie wurden weniger Zertifikate benötigt. Ein geringer Preis ist damit auch ein positives Signal - und kein Grund zu einer politischen Nachjustierung.

Unterstützung kommt hier von EVP-Umweltkoordinator Richard Seeber. Er lehnt es ab, der EU-Kommission einen Blanko-Scheck auszustellen, um willkürlich ins ETS einzugreifen. Auch der Ausschussvorsitzende des Umweltausschusses, Matthias Groote, ist skeptisch hinsichtlich der weiteren Entwicklung des ETS. Groote ist der Meinung, dass langfristige Überlegungen getroffen werden müssen.

Die im Klima- und Energiepaket für 2013–2020 festgelegten Spielregeln des Emissionshandels wurden von Industrieunternehmen akzeptiert und müssen während der gesamten Handelsperiode gewährleistet bleiben. Ansonsten wird die Planungssicherheit der Unternehmen beeinträchtigt und Investitionen werden unattraktiver.

Vor allem der engagierte Einsatz der EU-Mandatare Christian Ehler und Bogdan Marcienkiewicz im Rahmen des „19. European Round Table on Coal“ am 22. Januar verliehen der europäischen energieintensiven Branche ein Sprachrohr und bezogen klar Stellung für eine Stärkung des Industriestandorts Europa. Mit hochrangigen Vertretern aus Forschung, Industrie und Politik wurde eine höchst konstruktive Debatte über CO2 Speicherung und die Notwendigkeit eines internationalen Übereinkommens in Fragen des Energiezertifikatehandels geführt.